

Die „Weißeritz-Zeitung“ erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Preis vierteljährlich 1 M. 25 Pfg., zweimonatlich 84 Pfg., einmonatlich 42 Pfg. Einzelne Nummern 10 Pfg. — Alle Postanstalten, Postboten, sowie die Agenten nehmen Bestellungen an.

# Weißeritz-Zeitung.

Inserate, welche bei der bedeutenden Auflage des Blattes eine sehr wirksame Verbreitung finden, werden mit 10 Pfg. die Spaltenzeile oder deren Raum berechnet. — Takelrarische und complicirte Inserate mit entsprechendem Aufschlag. — Eingeliefert, im redaktionellen Theile, die Spaltenzeile 20 Pfg.

## Amtsblatt

für die königliche Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde, sowie für die königlichen Amtsgerichte und die Stadtrathe zu Dippoldiswalde und Frauenstein

Verantwortlicher Redacteur: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 120.

Sonnabend, den 10. Oktober 1885.

51. Jahrgang.

### Politische Wochenschau.

**Deutsches Reich.** Die herannahende winterliche Jahreszeit legt ernstlich die Frage nach den parlamentarischen Dispositionen nahe, soweit sich dieselben auf den Reichstag und den preussischen Landtag beziehen. Hinsichtlich des ersteren verlaute mit einer gewissen Bestimmtheit, daß er noch vor dem preussischen Abgeordnetenhaus einberufen werden soll, und zwar Mitte November; etwas Näheres über die Gründe dieses Beschlusses ist zur Zeit noch nicht bekannt. Die Einberufung des Reichstages schon für November steht aber in Reichstagskreisen selbst auf vielfachen Widerspruch, man ist dafür, daß dem preussischen Landtag diesmal der Vortritt gelassen werden möchte und daß der Reichstag erst im Februar einberufen werde. Denn die neugewählte preussische Volksvertretung muß spätestens Mitte Januar zusammentreten, ein im November einberufener Reichstag kann aber bis dahin keine Geschäfte unmöglich erledigt haben und es würde alsdann wiederum die alte unerquickliche Kollision in den Arbeiten der beiden genannten parlamentarischen Körperschaften eintreten. Außerdem ist noch zu berücksichtigen, daß gegenwärtig bereits der bayrische Landtag versammelt ist und daß im November auch die Landtage von Sachsen und Baden zusammentreten. Von den Mitgliedern der drei Landtage gehört aber eine nicht unbedeutende Anzahl auch dem Reichstage an und diese würde bei einer Einberufung des letzteren im November auf die Ausübung des einen oder des anderen Mandates verzichten müssen. Beim Zusammentritt des preussischen Landtages im November — an Stelle des Reichstages — würden alle diese Unannehmlichkeiten vermieden werden und da dem Anscheine nach dem Landtage in der neuen Session umfassendere Vorlagen nicht zugehen werden, so könnte er bis Ende Januar wohl seine dringendsten Arbeiten erledigt haben. Indessen, die Reichsregierung hat jedenfalls ihre zwingenden Gründe für eine Einberufung des obersten Parlamentes schon für November und kann man nur wünschen, daß hierüber baldigst authentische Mittheilungen veröffentlicht werden, damit sich die Parlamentarier mit ihren häuslichen und geschäftlichen Dispositionen bei Zeiten darnach einrichten können. — Der nunmehr auch offiziell anerkannte Untergang der Kreuzerflotte „Augusta“ hat allerorten die regste Theilnahme für das Schicksal der hinterbliebenen Familien der in Ausübung ihres Berufes verunglückten Offiziere und Mannschaften der „Augusta“ hervorgerufen. Es haben sich daher aus allen Theilen Deutschlands angesehene Männer mit dem Berliner Oberbürgermeister in Verbindung gesetzt und sich zu einem zu veröffentlichen Aufrufe vereinigt, der zur Bildung von Zweigkomitees und Sammelstellen auffordert und die Centralstellen bezeichnen, an welche die zu sammelnden Beiträge einzusenden sind. Die definitive Konstituierung eines Centralkomitees wird ebenfalls baldigst erfolgen. — Für die Besatzung des verunglückten Schiffes findet auf allerhöchsten Befehl am Sonntag in Wilhelmshaven ein Gedächtnisgottesdienst statt. — Die Diplomatie ist nunmehr am Werke, die bulgarische Frage in einem der Erhaltung des Friedens auf der Balkanhalbinsel günstigen Sinne zu lösen. Freilich wäre zu wünschen, daß diese Arbeit in einem etwas schnelleren Tempo vor sich ginge, denn die kaum mehr zu zügelnde Kriegslust der Serben und Hellenen läßt befürchten, daß die diplomatische Arbeit durch „unvorhergesehene Ereignisse“ bedenklich gestört werden könnte. Am Sonntag sind bekanntlich die Botschafter in Konstantinopel zu ihrer ersten Berathung zusammengetreten und haben ein den Mächten vorzulegendes Memorandum vereinbart. In letzterem wird die Haltung bezeichnet, welche der Pforte und Bulgarien gegenüber behufs Vermeidung eines Konfliktes seitens der Mächte anzunehmen wäre, ohne daß sie einen Lösungsvorschlag unterbreitet hätten. Hiernach zu

urtheilen, scheint es in der That, als ob die Konferenzarbeiten nur einen sehr gemessenen Fortgang nehmen werden und daß man die eigentliche diplomatische Entscheidung von einem ganz anderen Orte her zu erwarten hat — von Friedrichsruhe. Dort hat Anfang dieser Woche der österreichisch-ungarische Botschafter in Berlin, Graf Szecheny, gewillt, und den Besprechungen, die er mit dem deutschen Reichskanzler gehabt hat, werden für die Gestaltung der Dinge im Südosten Europas ohne Zweifel von schwerwiegender Bedeutung sein. Dies um so mehr, als der russische Minister des Auswärtigen von Kopenhagen aus, dem Vernehmen nach, am Mittwoch einen zweiten Besuch in Friedrichsruhe abstattete und wird man vielleicht in Bälde von einem gemeinsamen Schritte der Mächte auf der Balkanhalbinsel hören. Vielleicht läßt die signalisirte Ankunft eines österreichischen und eines russischen Gesandten in den griechischen Gewässern sich als einen ersten ernstlichen Versuch der Mächte betrachten, die Kriegslust zunächst der Griechen etwas zu dämpfen. Sonst lagen über die Situation auf der Balkanhalbinsel bis zum Mittwoch keine neuen Nachrichten von Bedeutung vor. Lediglich ist eine Aeußerung Lord Salisburys in einer am Mittwoch zu Newport gehaltenen Rede zu registriren, wonach der englische Minister des Auswärtigen die bulgarische Union nur in einer Form als zulässig erklärt, welche die Autorität des Sultans intakt erhalte. Den Ansprüchen anderer Nationalitäten werde man keinen Vorschub leisten. — Ob dies auch die Meinung der anderen Mächte ist, erscheint indessen noch fraglich.

**Oesterreich-Ungarn.** Während im österreichischen Reichsrathe die Nationalitätenfrage vorläufig noch nicht zum Wort gekommen ist, sind in der Agrarier Landstube die Geister schon wieder heftig auf einander geplagt. Der radikalen Opposition unter Führung der bekannten Hauptkrahler Starosevic, Klivics und Genossen ist das Bestreben der gemäßigten kroatischen Nationalpartei, sich mit Ungarn in möglichst gütlicher Weise auseinanderzusetzen, ein Greuel. Die Opposition benutzte daher in der Montagssitzung die Debatte über die Auslieferung von Archivalisten an Ungarn als eine günstige Gelegenheit, einen großen Skandal vom Tische zu brechen und den Vertreter der ungarischen Regierung, den Vanus, mit Beleidigungen zu überhäufen, so daß schließlich die Sitzung abgebrochen werden mußte. In der folgenden Sitzung, am Dienstag, wurden nun 6 oppositionelle Hauptschreier ausgeschlossen und zwar Starosevic, Orzanic und Ramezar für 30, Kunicic und Valusnigg für 60 Sitzungen. Die Radikalen rächten sich dafür, indem sie beantragten, von der Krone die Enthebung des Vanus von seinem Posten zu verlangen, da er durch sein Auftreten die Würde des Hauses verletzt habe. Ueber diesen Antrag sollte in der Mittwochsitzung verhandelt werden und wird es da wahrscheinlich zu neuen Skandalen gekommen sein.

**Dänemark.** In Dänemark ist mit der Eröffnung des Reichstages — wie sich voraussehen ließ — wieder der alte Konflikt zwischen dem konservativen Ministerium Estrup und der radikalen Folkething's-Majorität entbrannt. Wie schon seit Jahren, so lehnt sie auch diesmal eine Diskussion des Budgets ab und die Regierung wird sich auch dieses Mal wiederum mit einem provisorischen Finanzgesetz behelfen müssen. Es läßt sich noch gar nicht absehen, wohin solche Zustände den dänischen Staat führen können.

**England.** Die englische Wahlbewegung zieht allmählich weitere Kreise. Jetzt ist auch die irische Nationalpartei mit einem Programm in die Bewegung getreten, aus welchem vor Allen der Beschluß hervorzuhelen ist, daß die national-irischen Deputirten Parnell unbedingt Folge zu leisten und sogar auf ihre Sitze zu verzichten haben, wenn der Parteichef dies verlangt, wodurch natürlich Parnell eine unbedingte Gewalt

über seine Partei erlangt. Daß er diesen seinen Einfluß zur Erreichung der nationalen Unabhängigkeit Irlands zu verwenden gedenkt, hat Parnell erst dieser Tage wieder versichert; die englische Regierung — gleichviel ob sie in den Händen der Tories bleibt, oder wieder an die Liberalen übergeht — weiß nun genau, was sie von den „irischen Patrioten“ zu halten hat.

**Frankreich.** Der Wahlsieg der französischen Monarchisten stellt sich jetzt, wo die Wahlergebnisse aus sämtlichen Departements — mit Ausnahme von Paris — vorliegen, noch glänzender dar, als die ersten Nachrichten vermuthen ließen. Im Ganzen sind 174 Konservative gewählt worden, denen nur 135 Republikaner gegenüberstehen; von den erforderlichen 226 Stichwahlen werden zum Allermindesten noch 25 bis 30 günstig für die Monarchisten ausfallen und diese werden in der neuen Kammer somit wenigstens über 200 Stimmen verfügen und dieses unerwartete Anschwellen des monarchistischen Elementes im französischen Parlamente eröffnet für den Weiterbestand des jetzigen gemäßig-republikanischen Regimes in Frankreich recht bedenkliche Aussichten. Ob es gelingt, alle republikanischen Elemente wenigstens bei den Stichwahlen unter eine Fahne zusammen zu bringen und somit dem weiteren Ansturm der Konservativen ein Paroli zu biegen, ist noch sehr zweifelhaft, denn die republikanischen Journale beschuldigen einander in den schärfsten Ausdrücken, die gemäßigten Republikaner geben den Opportunisten und diese wieder den Radikalen die Schuld an der eklatanten Niederlage der republikanischen Parteien. Im Uebrigen haben die Opportunisten, also die ehemaligen Gambettisten, die Hauptkosten des monarchistischen Wahlsieges zu tragen und da in dem gegenwärtigen französischen Cabinet Brisson-Freyinet das opportunistische Element entschieden vorherrscht, so werden sich auch zunächst auf das Ministerium die Rückwirkungen der Wahlergebnisse äußern. Wie versichert wird, haben der Ackerbauminister und der Handelsminister, welche bei den Wahlen durchgefallen sind, bereits ihre Demission eingereicht.

### Lokales und Sächsisches.

**Dippoldiswalde.** Wie schon mehrfach in unserem Blatte erwähnt, begeht der hiesige Turnverein nächsten Sonntag das Fest seines 25-jährigen Bestehens. Stets hat die hiesige Bevölkerung an solchen Festen regen Antheil genommen, und so dürfen wir wohl auch diesmal hoffen, daß dieselbe durch Schmücken der Häuser mit Kränzen und Fahnen ihre Theilnahme kund giebt.

— Am Kirmesonntag wird Herr Schießhausbes. Hofmann in seinem Saale ein Concert der Artilleriekapelle veranstalten, dem wir einen recht zahlreichen Besuch wünschen (s. Inserat).

— Wie wir soeben erfahren, wird im Laufe der nächsten Woche der Grundstein zum Aussichtsturm beim Steinbruch gelegt werden. Weitere Bekanntmachung erfolgt in nächster Nummer.

— In der Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde ist im Monat September von ansteckenden Thierkrankheiten nur der Milzbrand und zwar in Vorlas aufgetreten; in einem Gehöfte daselbst war ein Thierbestand von 15 Rindern gefährdet, von denen ein Stück erkrankte und verendete.

☒ **Frauenstein, 8. Oktober.** Ein ganz außerordentlich reges Treiben herrschte am Sonntag in unserer Stadt anlässlich des Feuerwehrtages des Lokalverbands Frauensteins und Umgegend und des Sängertags der Gesangsvereine Burkensdorf, Frauenstein, Kleinobritzsch und Reichenau. Zu Ehren des Doppelfestes durchzog eine Revue früh 5 Uhr die Stadt, worauf sehr viele Häuser Fahnen- und Flaggen schmuck anlegten. Nach Beendigung des Vormittags-